

Haushaltsrede 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,

Anfang Oktober haben Sie, Herr Bürgermeister, den Haushaltsentwurf für 2012 eingebracht. Und auch dieses Jahr wurde wieder bei Ihrer Einbringungsrede deutlich, dass der Haushalt „spitz auf Knopf“ gerechnet ist. Selbst kleine Sprünge sind nicht möglich und es gilt, die kommunale Selbstverwaltung aufrecht zu erhalten. Mit viel Fleiß und großem Sparwillen konnte die Haushaltssicherung vermieden werden. Dies geht nur, wenn alle Ausgaben einer kritischen Betrachtung unterzogen werden, wenn nur das gerade Machbare eingeplant wird und bei den Investitionen klare Prioritäten gesetzt werden.

Trotzdem ist der Haushalt nicht ausgeglichen. Trotzdem weist die Ergebnisplanung ein Minus von 1,6 Mio. EUR und die Finanzplanung ein Defizit von 5,9 Mio. EUR auf. Meine Damen und Herren, kann eine Kommune überhaupt noch den Haushaltsausgleich schaffen, wenn ihr immer mehr Aufgaben übertragen werden? Kann eine Kommune die Verschuldung abbauen, wenn Sie alleine da steht? Kann eine Kommune ihren Haushalt gesunden, wenn sie auf die Ausgangssituation kaum noch Einfluss hat und die Einnahmestrukturen faktisch hinnehmen muss?

Das Land hat mit dem GFG 2011 die Kommunen des ländlichen Raumes deutlich geschwächt, indem es die Parameter für die Schlüsselzuweisungen verändert hat. Und mit dem GFG 2012 hat sich dies nur in Teilen geändert. Dass die Stadt nun nach der ersten Modellrechnung zum GFG 2012 2,8 Mio. EUR mehr erhält, ist nicht der Großzügigkeit der Landesregierung geschuldet – auch wenn das von interessierter Seite öffentlich gern so verkauft wird. Richtig ist: Die zu verteilende Masse ist in 2012 größer geworden und wir liegen immer noch deutlich hinter den Zuweisungen zurück, die wir nach alter Regelung erhalten hätten.

Nun gilt es nicht alten Zeiten nach zu jammern, denn eine Anpassung der Berechnungskriterien war mit Vorliegen des Gutachtens von Herrn Professor Junkersheinrich zu erwarten. Ärgerlich ist nur, dass bis heute lediglich Teile des Gutachtens umgesetzt sind. Und selbst der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, den der Innenminister aufgelegt hat, hilft uns nicht weiter. Zum einen ist die Finanzstruktur unserer Stadt zu gut, um an diesem Pakt merklich partizipieren zu können, und zum anderen reichen die Mittel dort vorne und hinten nicht. Als der Innenminister vor dem Fachausschuss der Kämmerer in NRW seinen Stärkungspakt vorgestellt hat, war die Kritik der über 200 anwesenden Kämmerer deutlich zu hören. Die Kommunen hängen am Tropf. Sie sind in vielen Fällen nicht mehr handlungsfähig. Und die Landesregierung turmt durch die Städte und verkündet das angebliche Heil. Professor Junkersheinrich, auf den sich ja letzter Zeit immer alle gerne berufen, erklärte, dass der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ den „Anforderungen an einen nachhaltigen finanzpolitischen Paradigmenwechsel nicht gerecht wird“. Er stellte dem Innenminister kein gutes Zeugnis aus und Claus Hamacher vom Städte und Gemeindebund weist darauf hin, dass „alles dafür spricht, dass die Ziele ohne Nachbesserungen am Gesetzesentwurf zum Stabilitätspakt verfehlt werden“. Es wurde deutlich, dass die Hilfsmittel für die Kommunen deutlich angehoben werden müssten. Aber der Innenminister erklärte sich vor den Kämmerern dazu nicht bereit. Es gilt halt auch im Land noch einige rote Vorzeigeprojekte zu finanzieren. Dies ist wohl wichtiger. Die Krönung ist die sogenannte Abundanzumlage. Hier werden in Zukunft die Kommunen, denen es – weil sie in vielen Punkten verzichtet und vernünftig gewirtschaftet haben, „gut“ geht, zur Sonderumlage gebeten. Der Innenminister möchte über diesen Weg rund 300 Mio. Euro zusammenstellen, um anderen Kommunen, in der Regel den Städten des Ruhrgebietes zu helfen. Von Land kommt dazu nichts. Und die versprochene Weitergabe der angehobenen Grunderwerbsteuer findet in Teilen auch nicht satt. Eine Sauerei sonders Gleichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen stellen die Säulen unseres Staatengebildes dar. Ohne die Kommunen können Land und Bund nicht sein. Und wir können umgekehrt nicht ohne Bund und Land. Wenn allerdings die Kommunen wegbrechen, dann fallen auch Land und Bund. Die Kommunen tragen mittlerweile eine finanzielle Last, die kaum noch zu stemmen ist. Der Anstieg vor allem der kurzfristigen Bankschulden ist frapierend und nicht ohne Risiko. In Hennef steigen in 2012 die Liquiditätskredite auf rd. 55 Mio. EUR an. Trotz eines weiteren Sparhaushalts ist es nicht möglich, kurzfristige Verbindlichkeiten abzutragen. Bei den langfristigen Investitionskrediten kann allerdings eine Entschuldung von rd. 2,6 Mio. EUR vorgenommen werden. Das Ziel, keine neue Nettokreditaufnahme für die langfristigen Investitionen zu planen, wurde umgesetzt. Und mit dieser schwierigen Situation stehen wir im Vergleich zu den anderen Kommunen des Landes noch richtig gut dar. Man mag es kaum glauben, aber zumindest ist das ein kleiner Trost.

Trotz der beschriebenen schwierigen Situation gestalten wir unsere Stadt weiter. Wir setzen klare Prioritäten für Investitionen im Schul- und Kindergartenbereich. Wir, die CDU Fraktion im Rat übernehmen Verantwortung. Und wir stellen uns gerne den Diskussionen um die Finanzsituation in Hennef. Anders die Unabhängigen. In der letzten Hauptausschusssitzung erklärte Sigrid Gerheim, dass die Unabhängigen diese Verantwortung nicht übernehmen wolle. Aber etwas anderes haben wir auch nicht erwartet. Wer nur ein Debattierclub sein möchte, der jeden Haushalt ablehnt, ohne eigene Sparvorschläge zu bringen, wer meint, dass eine Schuldenbremse für Kommunen die Lösung ist, wer gar den Zinsaufwand für die kurzfristigen Liquiditätskredite nach einem Blick in die bunte Glaskugel um 800 TEUR anheben will und damit die Stadt in die Haushaltssicherung treibt, der braucht auch keine Verantwortung zu übernehmen. Wer hier keine Verantwortung übernehmen will, ist aber auch vollkommen überflüssig. Sie, also die Unabhängigen, bringen für die Stadt leider nichts Wesentliches zustande (abgesehen von kleinen lyrischen Ergüssen). Sie kosten nur Geld und eben das könnte man nun wirklich sparen. Es wäre für alle Bürgerinnen und Bürger hilfreicher, wenn sie endlich Verantwortung übernehmen und diesem Sparhaushalt zustimmen. Wenn Sie dies nicht tun, stimmen Sie gegen notwendige Investitionen in die Schullandschaft, gegen die U3 Betreuung und gegen so vieles mehr. Aber letztendlich bleibt es wohl wieder dabei. Sie sind gegen den Haushalt und übernehmen wieder einmal keine Verantwortung. Vielen Dank liebe Sigrid, aber deine Worte im Hauptausschuss waren sehr aufschlussreich.

Meine Damen und Herren, wie bereits beschrieben folgt die CDU einer klaren Prioritätensetzung auf Schule, Kinder und Familien, den Sport mit seiner großen Wirkungskraft und die Förderung unserer Vereine und Institutionen. Mit dem Neubau der Kita Hennef-Ost im Siegbogen komplettieren wir den Bedarf in diesem Neubaugebiet. Die Eltern warten bereits sehnsüchtig auf diese Kita. Daneben gilt es die U 3 Betreuungen an anderen Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen. Mit dem Umbau der alten Asylantenunterkunft in der Kaiserstraße soll in 2012 begonnen werden. Daneben soll die U 3 Betreuung in Happerschoß, in Lichtenberg, in Edgoven und bei den Siegpiloten sichergestellt werden. Problematisch ist allerdings wieder einmal das Abrufen der vom Land zugesicherten Zuschüsse. Diese werden nicht in der angekündigten Art ausgezahlt. Somit können wir entweder nicht alle Kitas berücksichtigen, oder die Stadt muss mal wieder in Vorleistung gehen. Dies kann aber angesichts der Finanzsituation nicht richtig sein.

Die Schulinvestitionen werden mit dem Umbau der alten naturwissenschaftlichen Räume im Gymnasium zur neuen Mensa weiter vorangetrieben. Planmäßig ist in 2013 mit der Fertigstellung zu rechnen. Damit haben wir unser Städtisches Gymnasium top ausgestattet, so dass es den Anforderungen modernsten Unterrichts und außerunterrichtlichen Angebots genügt. Mit der Fassaden- und Fenstersanierung an der Realschule wird auch dort ein

weiterer wichtiger Schritt zur Erhaltung und Verbesserung der Immobilie erreicht und damit die Aufenthaltsqualität der dort arbeitenden Lehrer und Schüler merklich gesteigert. Und erlauben Sie mir noch eine Anmerkung zur Mehrzweckhalle. Die Halle ist in der Bevölkerung trotz höherer Herstellungskosten sehr gut angekommen. Die ersten Veranstaltungen haben die Qualität aufgezeigt und alle Beteiligten sind rundum zufrieden. Die Gesamtschule hat nunmehr ihre Sporthalle und Aula. Der Stadtverband lobte die Halle bei der Einweihung und die Parksituation zeigte sich entspannter als ursprünglich angenommen. Nur die Unabhängigen sind unzufrieden. Aber das ist nicht weiter tragisch. Denn die Bevölkerung weiß, wer sich gegen diese Halle gewandt hat. Es war zumindest Thema bei vielen Gesprächen im Rahmen der Eröffnung, aber der Hinweis, dass die Unabhängigen sowieso keine Verantwortung in Hennef übernehmen wollen, schien allen Beteiligten sehr schlüssig.

Eine besondere Herausforderung wird die Umsetzung der Inklusion in der Schullandschaft werden. Die CDU hat hier einen entsprechenden Antrag eingebracht. Es soll gemeinsam mit den Grund- und der Förderschule geprüft werden, ob die Inklusion an dieser Schule möglich sei. Dies würde auch den Ergebnissen der Fachleute zum Thema Inklusion entsprechen. Dagegen ist ein Ganztagsbetrieb an einer Hennefer Grundschule bislang an der Zustimmung der Bezirksregierung gescheitert. Die Umsetzung eines Ganztagsbetriebs ist ja bereits im Schulausschuss beschlossen worden. Der Vorstoß des Kollegen Herchenbach, mal so ganz schnell aus der Hüfte geschossen 100 TEUR für den Ganztagsbetrieb einzusetzen, obwohl eben diese Zustimmung fehlt, ist nicht nachzuvollziehen. Ok, unterhaltsam war es, aber nicht zielführend. Die Stadtverwaltung läuft sich bei der Bezirksregierung die Hacken ab, aber einen positiven Bescheid erhält sie nicht. Hier gilt es weiter Überzeugungsarbeit zu leisten. Vielleicht willst du dich, lieber Jochen, erst mal bei den Verhandlungen über die Grundvoraussetzungen auf Landesebene einbringen? Über Geld reden wir dann, wenn diese Grundvoraussetzungen geschaffen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztes Jahr wurden auf Antrag der CDU Mittel für die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes, die Aktualisierung des Einzelhandelsgutachtens und die Erstellung eines Verkehrs- und Parkkonzeptes in den Haushalt eingestellt. Mittlerweile liegen die ersten Gutachten vor und die Beratungen zum Flächennutzungsplan laufen auf Hochtouren. Es war richtig, trotz vereinzelter kritischer Töne, diese Maßnahmen anzustoßen. Sie werden eine wichtige Grundlage für unsere Planungen in den einzelnen Bereichen sein. Schön, dass heute keiner mehr dagegen ist. Naja, außer vielleicht mal wieder den Unabhängigen.

Wir werden in 2012 das Parkhaus auf der Südseite der Bahn erweitern und somit kostenfrei den Pendlern mehr als 600 Stellplätze anbieten. Das macht keine Kommune im weiten Umkreis. Wir bauen einen neuen Baubetriebshof, finanziert aus Veräußerungserlösen der Altfläche und Zuweisungen eines Investors. So können wir unseren Bauhof modernisieren,

vergrößern und leistungsfähiger machen, ohne dass es eine merkliche Belastung in Haushalt gibt. Wir werden die im Bauausschuss beschlossenen Straßenbaumaßnahmen planmäßig in 2012 fortsetzen, den Hochwasserschutz in Weldergoven anpacken und notwendige Gebäudesanierungen vornehmen.

Wer den Haushalt aufmerksam gelesen hat, erkennt sofort, dass nur die wichtigsten Investitionen geplant sind. Und es zeigt sich, dass ab 2014 die Investitionen für Hochbaumaßnahmen abgeschlossen sind und die Tiefbaumaßnahmen fast halbiert werden können. Man kann nur hoffen, dass sich Bund und Land nichts Neues die Kommunen Belastendes einfallen lassen. In Zukunft werden wir uns dann auf den Erhalt unseres Vermögens und den Abbau der Verbindlichkeiten konzentrieren müssen.

Meine Damen und Herren, der Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 2012 wird die Allgemeine Rücklage weiter aufzehren. Trotzdem gilt es auch in den nächsten Jahren alles daran zu setzen, nicht in die Haushaltssicherung zu rutschen. Dafür gilt weiterhin eine strikte Aufgabenkritik. Alle Aufwendungen kommen auf den Prüfstand und mögliche Ertragsteigerungen sind zu prüfen. Die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer konnten in 2012 konstant gehalten werden. Ab 2013 ist dann die im letzten Jahr vorgesehene Erhöhung eingerechnet. Inwieweit diese Erhöhung tatsächlich in 2013 umgesetzt werden muss, bleibt abzuwarten. Aber die Haushaltslage ist und bleibt schwierig.

Ich fordere alle Fraktionen auf, diesem Haushaltsentwurf zuzustimmen. Die Beratungen haben gezeigt, dass es keine wesentlichen Änderungsanträge gegeben hat. Der Haushalt bietet auch kaum Möglichkeiten, Kürzungen und Verschiebungen vorzunehmen. Denn selbst die freiwilligen Leistungen in Höhe von rd. 1 Mio. EUR sind de facto keine freiwilligen Leistungen. Denn wer will den Zuschuss für die Musikschule oder für die Stadtbibliothek kürzen. Wer möchte den Kitas den zusätzlichen Betriebskostenzuschuss wegnehmen und wer möchte die Zahlung an den Fußballverband Mittelrhein für die Nutzung des Hallenbades für den Schulsport streichen. Diese Mittel machen schon allein rd. 800 TEUR aus.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter für Hennef und seine Menschen arbeiten. Wir alle in diesem Rat haben das gleiche Ziel. Wir ziehen alle am gleichen Strang. Ok, der eine oder andere zieht vielleicht unterschiedlich stark. Die CDU und FDP Fraktion ein wenig stärker und zielgerichteter, aber das ist schon richtig so.

Es gilt also weiterhin die Ärmel hochzukrempeln. Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, machen dies ohnehin mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern täglich. Dafür darf ich Ihnen im Namen der CDU Fraktion ganz herzlich danken. Ein besonderer Dank geht an die Kämmerei, die unter Leitung von Frau Weber diesen schwierigen Haushalt mit viel Fleiß und großer Sachkenntnis und kurzer Zeit aufgestellt hat. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen hier im Rat, allen Vereinen und Institutionen für ihre Arbeit für Hennef.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.